



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Afrika und Europa – Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft

Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika



Inhalt

AFRIKA UND EUROPA – EINE NEUE PARTNERSCHAFT FÜR ENTWICKLUNG UND FRIEDEN 4

10 THESEN FÜR EINEN MARSHALLPLAN MIT AFRIKA 5

1. AFRIKA – PARTNERKONTINENT EUROPAS 7

- 1.1 Kooperation auf Basis von Werten und Interessen 7
- 1.2 Afrika hat großes Potential 8
- 1.3 Der Kontinent der Chancen 10
- 1.4 Afrikanische Ideen und Strukturen nutzen 11

2. DER KERN DES MARSHALLPLANS 12

- 2.1 Neue Formen der Zusammenarbeit – Reformpartnerschaften 13
- 2.2 Neue Regeln der Zusammenarbeit 13
- 2.3 Finanzierung in einer neuen Dimension 15

3. DIE SÄULEN DES MARSHALLPLANS 16

- 1. Säule: Wirtschaft, Handel und Beschäftigung 16
- 2. Säule: Frieden, Sicherheit und Stabilität 19
- 3. Säule: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte 21

4. DAS FUNDAMENT DES MARSHALLPLANS 24

- 4.1 Ernährung und Landwirtschaft 24
- 4.2 Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen 27
- 4.3 Energie und Infrastruktur 29
- 4.4 Gesundheit, Bildung und soziale Sicherung 31

5. AUSBLICK 33

„FÜR MICH ENTSCHIEDET SICH DIE MENSCHLICHKEIT UNSERER WELT AM SCHICKSAL AFRIKAS.“

Bundespräsident a.D. Horst Köhler,
bei seiner Amtseinführung 2004



„WAS IN AFRIKA GESCHIEHT, HAT AUCH EINFLUSS AUF
SEINE BEZIEHUNGEN ZUR WELT. NACHHALTIGKEIT IN
WACHSTUM UND ENTWICKLUNG ERFORDERT DAHER
FRIEDEN, SICHERHEIT UND STABILITÄT UND DIE EI-
NIGKEIT DES AFRIKANISCHEN KONTINENTS. FRIEDEN
IST DIE STÄRKSTE WAFFE FÜR DIE ENTWICKLUNG.“

Nelson Mandela,
6. April 2000 London School of Economics

Mit den in dieser Veröffentlichung verwendeten Bezeichnungen und der Art der Wiedergabe des Inhalts nimmt das BMZ keine Stellung zum Rechts- oder Verfassungsstatus von Ländern, Staats-, Hoheits- oder Seegebieten oder ihren Grenzen und Grenzlinien.

Afrika und Europa – Eine neue Partnerschaft für Entwicklung und Frieden

Afrika und Europa sind Nachbarkontinente, verbunden durch unsere gemeinsame Geschichte. Wir stehen in der Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft. Von einer erfolgreichen Bewältigung der großen Herausforderungen hängt nicht nur die Zukunft und das Schicksal Afrikas, seiner Menschen und seiner Natur, sondern auch die Zukunft Europas ab. Wir können die Herausforderung gemeinsam zum Nutzen beider Kontinente in einer neuen Dimension der Zusammenarbeit erfolgreich bewältigen.

2017 ist das Afrikajahr in Deutschland und in der Europäischen Union. Afrika ist das Schwerpunktthema der deutschen G20-Präsidentschaft. Die Europäische Union arbeitet an einem neuen Afrikakonzept. Mit einem neuen Partnerschaftsvertrag in Ablösung des Cotonou-Vertrags setzen die 28 Mitgliedstaaten die Zusammenarbeit auf eine neue Grundlage. Jetzt ist der Zeitpunkt neue Antworten auf neue Herausforderungen zu geben. Dieses Dokument ist ein dynamisches Dokument. Es beschreibt Potentiale, Probleme und Lösungsansätze. Es ist ein Anstoß zur Diskussion, zum Mitdenken und zur Mitarbeit aller gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen. Es ist eine Einladung zur gemeinsamen Analyse und Lösungsentwicklung – mit dem Ziel einer neuen Lern- und Entwicklungspartnerschaft.

Es gibt nicht EINE Lösung, EINEN Weg, EINEN Plan, um auf die Herausforderungen des afrikanischen Kontinents zu reagieren. Selbstverständlich sind diese Herausforderungen nur bedingt vergleichbar mit der Situation Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. Die notwendigen Kraftanstrengungen sind es dagegen schon.

Gleichzeitig steht der Marshallplan für den Willen und Optimismus zu einem erfolgreichen Weg des Friedens und der Entwicklung in der Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika. Er muss ein integriertes Gesamtkonzept der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten mit den Staaten der Afrikanischen Union sein. Schwerpunkte sind fairer Handel, mehr private Investitionen, mehr wirtschaftliche Entwicklung von unten, mehr unternehmerische Entfaltung und vor allem mehr Jobs und Beschäftigung.

Die Eigenverantwortung der afrikanischen Staaten muss gestärkt, die Zeit der „Entwicklungshilfe“ und die Zeit von „Geber und Nehmer“ abgelöst werden. Die EU und ihre Mitgliedstaaten stehen hierfür als gleichberechtigter Partner zur Verfügung. Es bedarf einer neuen Vereinbarung für eine politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Kooperation. Anknüpfungspunkt hierfür ist die Agenda 2063 der Afrikanischen Union.

Ziel ist ein prosperierendes und friedliches Afrika, dessen Entwicklung alle einbezieht und von den Potentialen der eigenen Bevölkerung vorangetrieben wird. Wir wollen afrikanische Lösungen für afrikanische Herausforderungen.

Unsere afrikanischen Partner, alle Experten der Zivilgesellschaft – aus Wirtschaft, Wissenschaft, Medien, Kirchen und Verbänden – sowie aus den Politikfeldern, die gefordert sind zum Gelingen des Marshallplans beizutragen, sind eingeladen, im kommenden Afrikajahr 2017 die hier aufgezeigten Vorschläge und Lösungsansätze zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Wir werden dazu eine Vielzahl von Veranstaltungen anbieten und alle Interessierten zu einem Online-Dialog einladen.

→ <http://www.marshallplan-mit-afrika.de>

10 Thesen für einen Marshallplan mit Afrika

- 1 WIR BRAUCHEN JETZT EINEN NEUEN ZUKUNFTSVERTRAG EUROPAS MIT AFRIKA** – Bis zum Jahr 2050 wird sich die Bevölkerung Afrikas auf dann 20 Prozent der Weltbevölkerung verdoppeln. Die Sicherstellung der Ernährung, der Zugang zu Energie, Ressourcenschutz und Arbeitsplätze für Hunderte von Millionen junger Afrikaner sind gewaltige Herausforderungen, aber auch Chancen. Gerade die europäischen Staaten können mit Wissen, Innovation, moderner Technik und direkter Teilhabe zur Bewältigung der gewaltigen Herausforderungen beitragen.
- 2 AFRIKA BRAUCHT AFRIKANISCHE LÖSUNGEN** – Die Staaten Afrikas haben mit der Gründung der Afrikanischen Union (AU) und der neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) ermutigende Zeichen für einen Neuanfang gesetzt. Mit der Agenda 2063 der AU beschreiben Reformpolitiker den eigenen Weg Afrikas. Deutschland und Europa müssen die afrikanischen Staaten beim Wort nehmen und die Zusammenarbeit in einer neuen Dimension und Qualität gestalten. Die jahrzehntelange Geber-Nehmer-Mentalität gilt es abzulösen – durch eine partnerschaftliche und wirtschaftliche Kooperation, die auf Eigeninitiative und Eigenverantwortung setzt. Afrika ist dabei Europas Partner – nicht nur in Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik, sondern auch in zentralen Fragen der Gestaltung einer zukünftigen Handels-, Finanz-, Umwelt-, Agrar-, Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik.
- 3 VORFAHRT FÜR JOBS UND CHANCEN FÜR DIE JUGEND** – Afrikas Jugend muss eine Zukunft **in** Afrika haben. Das Durchschnittsalter auf dem Kontinent beträgt 18 Jahre. Bald werden mehr als 2 Milliarden Menschen dort leben. Dafür werden jedes Jahr 20 Millionen neue Jobs benötigt – in Städten und in ländlichen Gebieten. Die Entwicklung wirtschaftlicher Strukturen und die Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze ist **die** zentrale Herausforderung. Afrikas Jugend braucht zugleich einen Austausch mit Europa. Europa braucht ein Konzept, das legale Wege der Migration ermöglicht und irreguläre Migration und Schleusertum bekämpft.
- 4 INVESTITIONEN FÜR UNTERNEHMERISCHE ENTFALTUNG** – Jobs schafft auf Dauer und im erforderlichen Umfang nicht der Staat, sondern die private Wirtschaft. Deshalb braucht Afrika weniger Subventionen und mehr private Investitionen. Dafür müssen förderliche Rahmenbedingungen vor Ort, aber auch neue Instrumente zur Mobilisierung und Sicherung von Investitionen geschaffen werden. Ergänzt werden sie durch Vorschläge für Steueranreize für Unternehmen, neue Anlageformen wie beispielsweise Afrika-Fonds und Infrastrukturanleihen.

- 5 **WERTSCHÖPFUNG STATT AUSBEUTUNG** – Afrika muss mehr sein, als der Kontinent der Rohstoffe. Motor des Marshallplans ist eine neue Wirtschaftspolitik, deren Schwerpunkte die Diversifizierung der Wirtschaft, der Aufbau von Produktionsketten, die gezielte Förderung von Landwirtschaft sowie kleinen und mittleren Unternehmen, die Aufwertung des Handwerks und damit die Schaffung eines neuen Mittelstands sind. Europa muss dies mit einer Stärkung des Zugangs zum EU-Binnenmarkt und dem Abbau bestehender Handelshemmnisse unterstützen.
- 6 **POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN FÖRDERN UND FORDERN** – Rechtsstaatlichkeit, politische Teilhabe von Männern und Frauen sowie eine effiziente Verwaltung frei von Korruption sind Grundlage für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Nicht nur die Eliten eines Landes sollen vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren, sondern alle. Dies gilt es zu fördern und täglich einzufordern.
- 7 **REFORMPARTNERSCHAFTEN STATT GIESSKANNENPRINZIP** – Mit der Agenda 2063 haben sich die Mitglieder der Afrikanischen Union zu konkreten Reformen bekannt. Wir nehmen Afrika beim Wort und werden die Entwicklungszusammenarbeit in Zukunft besonders mit den Partnern intensivieren, die diese Reformen für gute Regierungsführung, den Schutz der Menschenrechte und wirtschaftliche Entwicklung umsetzen.
- 8 **EIN GERECHTER GLOBALER ORDNUNGSRAHMEN** – Reformen in Afrika müssen durch Reformen in Europa und auf globaler Ebene ergänzt werden: Dazu zählen insbesondere ein gerechter Handel, der Kampf gegen illegale Finanzströme und der Stopp von Waffenlieferungen in Krisengebiete. Neue Formen der politischen Kooperation erfordern auch eine Stärkung der Zusammenarbeit europäischer und afrikanischer Institutionen: ein ständiger Sitz der afrikanischen Staaten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sowie eine Aufwertung in allen internationalen Organisationen und Verhandlungen wie zum Beispiel bei der Welthandelsorganisation (WTO).
- 9 **STAATLICHE ENTWICKLUNGSGELDER (ODA) ALLEINE SIND NICHT DIE LÖSUNG** – Mit öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit ist sehr viel erreicht worden. Für die Bewältigung von Herausforderungen einer neuen Dimension reicht dies nicht aus. Stattdessen sollen diese Mittel zukünftig stärker Antreiber und Förderer privater Investitionen sein. Die afrikanischen Staaten müssen darüber hinaus deutlich mehr Eigenmittel – zum Beispiel ein höheres Steueraufkommen – mobilisieren.
- 10 **WIR LASSEN NIEMANDEN ZURÜCK** – Deutschland steht zu seiner Mitverantwortung gegenüber den am wenigsten entwickelten Ländern. Der Marshallplan behält die Grundbedürfnisse der Menschen im Blick: Ernährungssicherung, Wasser, Energie, Infrastruktur, Digitalisierung, Gesundheitsversorgung und Zugang zu Bildung – insbesondere für Frauen und Mädchen. Die Chancen und Herausforderungen der Verstädterung müssen ebenso berücksichtigt werden, wie das Heben der Potentiale der ländlichen Entwicklung und der Landwirtschaft.

1. Afrika – Partnerkontinent Europas

Afrika ist ein Kontinent ganz eigener Geschichte und Kultur. Auf einer Fläche dreimal so groß wie Europa, 85 x so groß wie Deutschland, finden sich 54 Staaten, 3.000 Ethnien und Volksgruppen, 3.000 Sprachen und zahllose Religionsgemeinschaften. Afrika ist die Wiege der Menschheit – wir alle sind ein Stück Afrikas.

Afrika und Europa sind Nachbarn: Von Sizilien nach Tunesien sind es 145 Kilometer, vom Festland Spaniens nach Marokko gerade einmal 14 Kilometer. Neben dieser geographischen Nähe sind wir durch Geschichte und Kultur in besonderer Weise verbunden. 1885 auf der Konferenz in Berlin wurde der Kontinent mit dem Lineal ohne Rück-

sicht auf Geschichte, Tradition, Kultur und Selbstbestimmung der Völker willkürlich aufgeteilt. Es folgte ein Zeitalter der Unterdrückung, Bevormundung, Erniedrigung und Ausbeutung.

Folgen davon sind heute noch zahlreiche Konflikte und Kriege. Das Zeitalter des Sklavenhandels ist einer der prägenden Tiefpunkte zwischen der westlichen Welt und Afrika. Und auch heute gründet der Wohlstand der Industrieländer teilweise auf der unregelmäßigen Ausbeutung von Menschen und Ressourcen des afrikanischen Kontinents. Aus dieser Geschichte zu lernen heißt heute, Verantwortung für eine gemeinsame Zukunft zu übernehmen.

1.1 Kooperation auf Basis von Werten und Interessen

Unsere Kooperation mit Afrika basiert auf Werten und orientiert sich an gemeinsamen Interessen.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“¹

Das gilt für alle Menschen – auch in Afrika. Diese Grundüberzeugung speist sich unter anderem aus unserer christlichen Wertetradition und dem humanistischen Erbe Europas. Daraus ergibt sich die ethische Verpflichtung, für Menschenrechte, Freiheit, Solidarität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Bewahrung der Schöpfung einzustehen.

Ein Marshallplan mit Afrika steht darüber hinaus für Leistung und gegenseitigen Respekt. Er orientiert sich an den Interessen Afrikas und Europas. Als Nachbarn geht es uns langfristig nur gemeinsam gut oder es geht uns gemeinsam schlecht.

¹ Art. 1 Abs. 1 S. 1 des Grundgesetzes

1.2 Afrika hat großes Potential

Afrika ist ein reicher Kontinent. Er verfügt über erhebliche Land- und landwirtschaftliche Ressourcen und hat damit das Potential, um alle dort lebenden Menschen versorgen zu können. Armut, Hunger, Mangelernährung und Not könnten in einem Jahrzehnt überwunden werden. Ein Afrika ohne Hunger ist möglich.

Afrika verfügt darüber hinaus über 15 Prozent der weltweiten Ölvorkommen, 40 Prozent der Goldreserven, 80 Prozent der Platinmetalle und die größten Anbauflächen der Welt.² Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte zeigt neben Schatten auch Licht: Das Bruttoinlandsprodukt hat sich seit 1990 verfünffacht, die Kinder- und Müttersterblichkeit hat sich halbiert und 80 Prozent aller Kinder besuchen heute die Grundschule. Die Menschen in Afrika leisten viel. Fast ein Drittel aller Flüchtlinge weltweit werden in Afrika versorgt – 20 Millionen Menschen.³ Afrika hat große Potentiale: Neben dem Ressourcenreichtum und einer jungen Bevölkerung auch eine kulturelle Vielfalt, Unternehmergeist und Innovationskraft sowie große unerschlossene Potentiale für erneuerbare Energien und die Landwirtschaft.

McKinsey unterlegt das in einer aktuellen Studie mit konkreten Prognosen für 2025⁴: Eine Verdoppelung der Produktionsleistung, 2,1 Billionen US-Dollar an privatem Konsum und 3,5 Billionen US-Dollar Investitionen durch Unternehmen.

Auch die kulturelle und religiöse Vielfalt gehören zu den Potentialen des Kontinents. Seit jeher leisten die Kirchen und Religionsgemeinschaften einen wichtigen Beitrag zur sozialen Versorgung der Menschen – insbesondere bei der Bildung und Gesundheit. Sie erreichen die Menschen auch dort, wo staatliche Strukturen fehlen. In Ländern mit

einer schwachen Opposition oder Zivilgesellschaft sind Religionsvertreter oft die Einzigen, die gegen Korruption und soziale Ungerechtigkeit ihre Stimme erheben.

Viele dieser Potentiale sind noch ungenutzt. Das hat Gründe, die wir klar benennen müssen. In zu vielen Ländern Afrikas haben korrupte Eliten noch zu viel Einfluss. Eliten, die ihr Geld lieber außer Landes schaffen, statt es vor Ort zu investieren; die ihre Ackerflächen und Fischgründe lieber an andere verkaufen, statt damit die eigene Bevölkerung zu ernähren; die es Konzernen erlauben, die Bodenschätze auszubeuten, ohne dass Wertschöpfung im Land entsteht.

Weite Teile der afrikanischen Bevölkerung leiden unter einer politischen Kultur, die unter „Regieren“ nicht die Pflicht versteht, dem Gemeinwohl zu dienen, sondern das Recht, sich selbst zu bedienen. Damit wird die Jugend Afrikas ihrer Zukunft beraubt. Dazu kommt, dass Frauen und Minderheiten oft ausgeschlossen sind, obwohl die Fähigkeiten aller gebraucht werden. Keine Gesellschaft kann es sich leisten, das Potential der Hälfte seiner Bevölkerung ungenutzt zu lassen. Afrikas Frauen halten den Schlüssel zur Zukunft des Kontinents in der Hand. Sie müssen ihn auch benutzen können.

Aber auch internationale Konzerne haben noch Schwächen bei der Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards vor Ort und der Erfüllung von Compliance-Vorgaben. In den letzten 50 Jahren sind Afrika dadurch über eine Billion US-Dollar für nachhaltige Entwicklung verloren gegangen – aktuell belaufen sich die illegalen Finanzströme auf 50 Milliarden US-Dollar pro Jahr. 60 Prozent des Schadens entsteht durch aggressive Steuervermeidung internationaler Konzerne.⁵

² AfDB (2015)

³ UNHCR (2015)

⁴ McKinsey Global Institute (2016): *Lions on the Move II*

⁵ Abschlussbericht des High Level Panel on Illicit Financial Flows from Africa der AU/VN (2015)

Gleichzeitig hat Europa über Jahrzehnte seine Afrikapolitik häufig an kurzfristigen Wirtschafts- und Handelsinteressen ausgerichtet. Es fehlte an einer konsequenten und zielgerichteten Politik

aus einem Guss und an der hierfür erforderlichen Struktur zur Umsetzung.

Afrika ist reich an Ressourcen:



Quelle: African Development Bank, www.afdb.org

1.3 Der Kontinent der Chancen

Afrika ist neben allen Konflikten und Problemen auch ein Kontinent der Chancen, der Dynamik und der Jugend. Von den 1,2 Milliarden Einwohnern ist derzeit die Hälfte jünger als 25 Jahre. Afrikas Bevölkerung wird sich bis 2050 verdoppeln. Das dynamische Bevölkerungswachstum ist dabei Herausforderung und Chance. Die Dynamik einer jungen Gesellschaft sollte Auslöser wirtschaftlicher Entwicklung sein. Afrikas Jugend braucht hierfür Zugang zu Bildung und Ausbildung. Das dynamische Bevölkerungswachstum ist zugleich epochale Herausforderung, beispielsweise bei der Sicherung der Ernährung und beim Schutz der Umwelt und des Klimas.

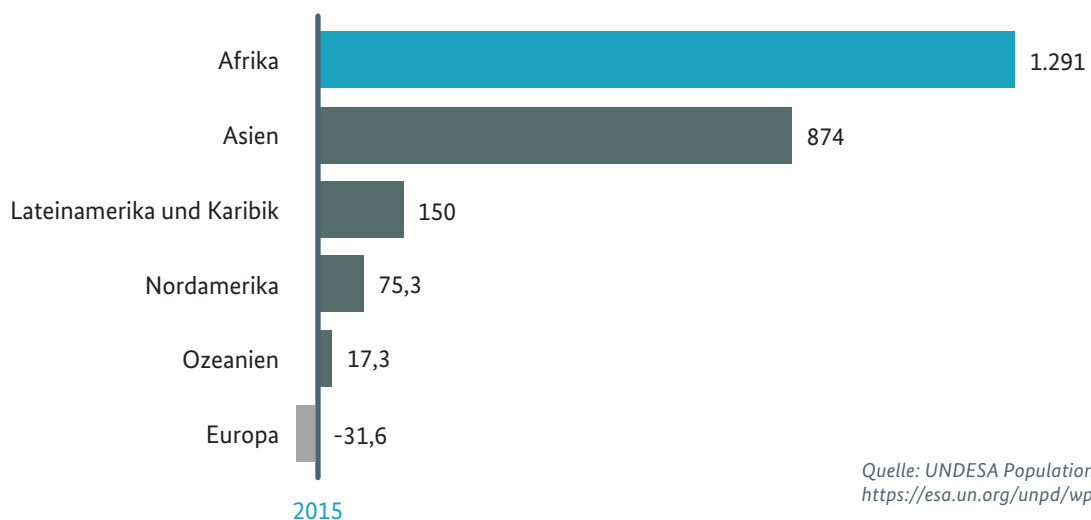
Die Jugend Afrikas weiß, welche Chancen junge Menschen in Europa haben. Sie fordert für sich zu Recht die gleichen Chancen. Deshalb müssen sich

alle Maßnahmen daran messen lassen, inwieweit sie neue Zukunftsperspektiven für Afrikas Jugend schaffen. Den Dreiklang Bildung, Ausbildung und Arbeit gilt es zum Schwerpunkt unserer Zusammenarbeit auszubauen.

Die wichtigste Frage, auf die ein Marshallplan Antworten geben muss, ist: **Wie entstehen jedes Jahr 20 Millionen neue Jobs, um der Jugend eine Perspektive zu bieten, ohne dabei die Umwelt zu zerstören?**

Bevölkerungswachstum (2015 – 2050)

prognostizierte Veränderung in Millionen



Quelle: UNDESA Population Division
<https://esa.un.org/unpd/wpp>

1.4 Afrikanische Ideen und Strukturen nutzen

Afrika hat bereits wichtige Voraussetzungen geschaffen:

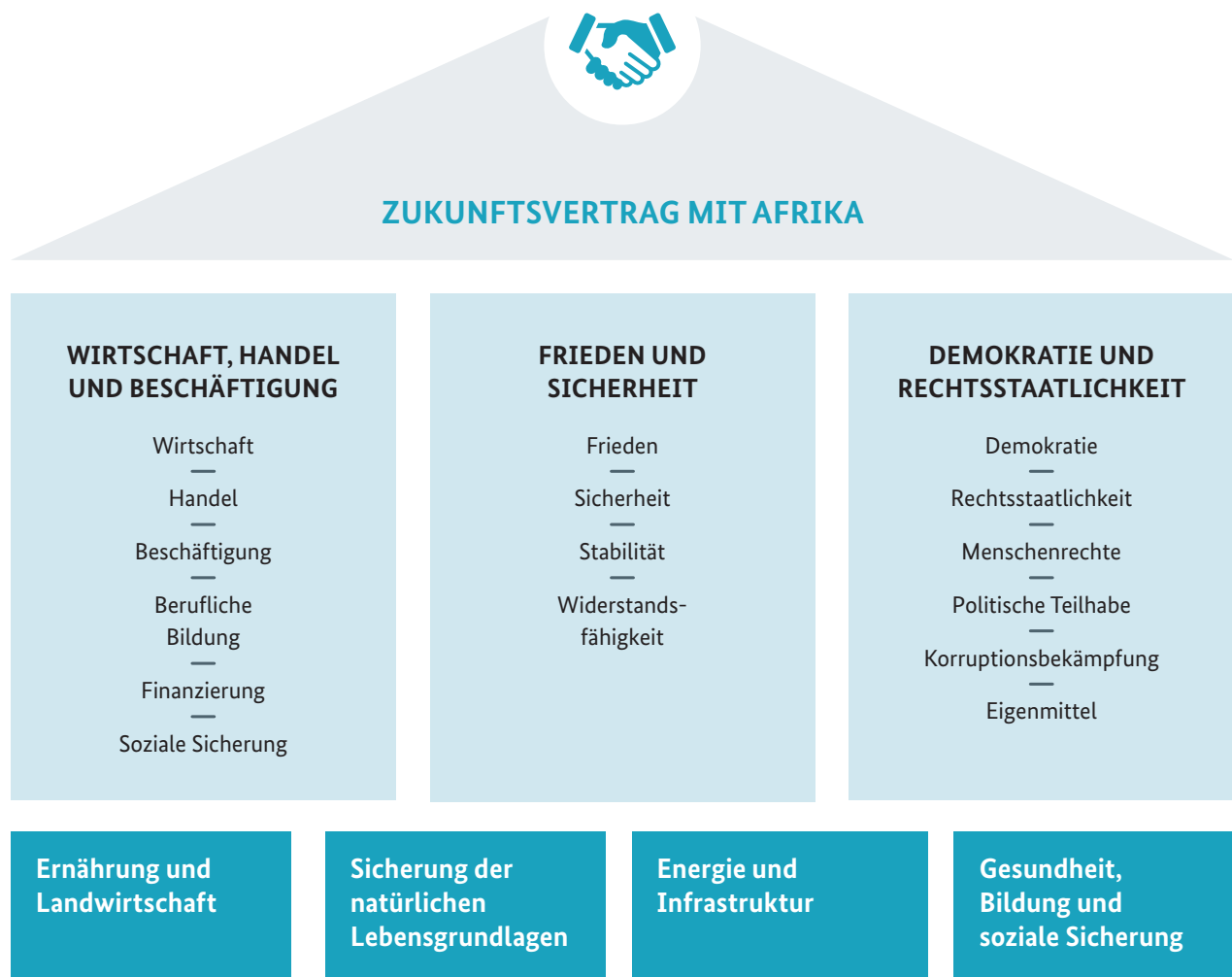
- *Die Afrikanische Union (AU) bringt fast alle afrikanischen Staaten an einen Tisch und stärkt somit die Kooperation auf dem Kontinent. Insbesondere mit ihrer Friedens- und Sicherheitsarchitektur und einer afrikanischen Eingreiftruppe beweist die AU Handlungsfähigkeit.*
- *Mit der Agenda 2063 hat sich die AU eine klare Strategie für die nachhaltige Entwicklung des Kontinents gegeben. Ein Umsetzungsplan definiert die Ziele für die nächsten zehn Jahre. Afrikas Politiker bekennen sich zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlichen Reformen. Sie erkennen, dass sie Wertschöpfung im eigenen Lande aufbauen müssen – durch Eigeninitiative und wirtschaftliche Entwicklung unter gleichzeitiger Bekämpfung der Korruption.*
- *Mehrere Staaten haben sich bereits in den vergangenen Jahren reformorientiert aufgestellt, zum Beispiel Algerien, Ägypten, Benin, Botswana, Ghana, Marokko, Mauritius, Namibia, Senegal, Südafrika, Togo und Tunesien.⁶*

Der Marshallplan nimmt Afrika beim Wort. Er soll eine gemeinsame Antwort aller Partner auf diese afrikanische Ansätze und Strukturen sein – ein europäisches Angebot für die Entwicklung des Kontinents in einer neuen Dimension. Neue Konzepte institutioneller Zusammenarbeit sowie eine abgestimmte Außen-, Entwicklungs-, Handels-, Wirtschafts-, Sicherheits-, Agrar-, Klima-, Umwelt- und Migrationspolitik runden ihn ab.

⁶ Bertelsmann Transformationsindex 2016

2. Der Kern des Marshallplans

Der Marshallplan wird von drei Säulen und mehr als 100 Reformideen getragen und den Grundlagenthemen für Entwicklung flankiert:



In allen Bereichen setzen wir dabei auf eine deutliche stärkere Unterstützung von Frauen und Mädchen – sowohl als übergreifendes Schwerpunktthema als auch eigenen, separaten Förderschwerpunkt – sowie auf die Verstärkung der Bildungs- und Ausbildungsleistungen für die junge Generation.

Die Chancen der Digitalisierung, die sich auf alle Lebensbereiche erstrecken, wollen wir mit zielgerichteten und sektorübergreifenden Initiativen nutzen. Wir wollen digitale Infrastrukturen aufbauen und in die Fähigkeiten der Menschen investieren. Unser Ziel ist eine faire und offene Entwicklung einer digitalisierten Welt.

2.1 Neue Formen der Zusammenarbeit – Reformpartnerschaften

In der Zusammenarbeit mit unseren afrikanischen Partnern brauchen wir einen Paradigmenwechsel. Wir müssen weg von Geber- und Nehmerländern, hin zu einer gemeinsamen wirtschaftlichen Kooperation. Wir müssen bei der Finanzierung von Projekten zu einer gemeinsamen, internationalen Strategie und einem abgestimmten Vorgehen kommen. Wir müssen nicht alles anders, aber vieles besser, schneller und konsequenter machen.

Wir nehmen die afrikanischen Regierungen beim Wort. Das heißt: Künftig arbeiten wir mit den Staaten intensiver zusammen, die reformorientiert sind und das vor allem durch Verlässlichkeit, Rechtssicherheit und politischer Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger unter Beweis stellen.

Wir wollen mit europäischen und internationalen Akteuren anreizbasierte Reformpartnerschaften mit den Reformchampions unter den afrikanischen Staaten begründen und damit Anreize für eine beschleunigte, nachhaltige Entwicklung setzen. Dazu werden wir die Instrumente der Entwicklungspolitik so flexibilisieren, dass wir schneller und gezielter auf politische Veränderungen reagieren können. Wir wollen weg vom Gießkannenprinzip hin zu einer zielgerichteten Unterstützung von Reformländern. Selbstverständlich werden wir auch künftig unserer Mitverantwortung gegenüber den am wenigsten entwickelten Staaten gerecht.

2.2 Neue Regeln der Zusammenarbeit

In einer globalisierten Welt hängt die Entwicklung Afrikas auch von internationalen Regeln und Institutionen ab. Unsere afrikanischen Partner brauchen faire Chancen. Hierfür braucht es Veränderungen, in Deutschland, Europa und weltweit:

- *Stopp von schädlichen Exporten nach Afrika; vom Freihandel zum fairen Handel, Förderung wirtschaftlicher Strukturen und gezielter Aufbau von Wertschöpfung vor Ort.*
- *Einhaltung von internationalen Umwelt- und Sozialstandards.*
- *Austrocknung internationaler Steueroasen. Stopp von illegalen Finanzströmen aus Afrika – auch durch Druck auf die internationalen Finanzmärkte und Banken.*
- *Einschränkung von Waffenexporten nach Afrika – insbesondere von Kleinwaffen.*
- *Druck auf Regierungen, die religiösen Extremismus in Afrika finanzieren und damit ganze Regionen destabilisieren.*

In Deutschland und Europa müssen wir außerdem unsere Politik und Instrumente besser aufeinander abstimmen. Deutschland kann hier vorangehen. Unsere Afrikapolitik muss hierfür kohärent gestaltet werden. Die Einführung eines jährlichen „Afrikapolitischen Berichts der Bundesregierung“ kann dazu ein erster Schritt sein. Er könnte die verschiedenen bestehenden Afrikastrategien der einzelnen Ressorts aufgreifen und verdichten.

Der ursprüngliche Marshallplan war ein Angebot für Europa – der heutige Marshallplan ist ein Angebot von Europa gemeinsam mit Afrika zu handeln. Dazu müssen wir nationale Alleingänge in Afrika beenden und unsere Kräfte in Europa bündeln. Wir brauchen eine gesamteuropäische Kraftanstrengung.

Die EU hat mit dem Post-Cotonou-Prozess die einmalige Chance, ihre Afrikapolitik ab 2020 institutionell und vertraglich neu auszurichten. Er bietet auch das Potential, die handelsrechtlichen Beziehungen zu Afrika ambitioniert weiterzuentwickeln.

Mit Hilfe eines flexiblen Mantelabkommens könnte vor allem eine tragfähige, politisch gestärkte Partnerschaft mit Afrika entwickelt werden.

Die regionale Integration im Mittelmeerraum ist wesentliche Voraussetzung für Wachstum, wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung in den Ländern Nordafrikas. Wir wollen die Kooperation mit der 2008 gegründeten Union für den Mittelmeerraum und die G7-Deauville-Partnerschaft mit den arabischen Transformationsländern zu einer strategischen Partnerschaft ausbauen. Die Union für das Mittelmeer muss Motor für regionale Integration werden, um die Entwicklung in den Bereichen Auslandsinvestitionen, Beschäftigung und Handel weiter voranzutreiben.

Afrika gehört somit auch in Brüssel ganz nach oben auf die Agenda. Die regelmäßigen Treffen der Afrikanischen mit der Europäischen Union sind ein Schritt in die richtige Richtung. Sie reichen aber nicht aus. Wir brauchen eine dauerhafte Verflechtung der AU und der EU. Der EU-Afrika-Gipfel im Herbst 2017 muss zum historischen Wendepunkt in der Beziehung beider Kontinente werden und eine institutionelle Neuaufstellung bis 2020 einleiten.

Wir brauchen einen eigenen EU-Kommissar für Afrika, der eine kohärente Afrikapolitik sicher-

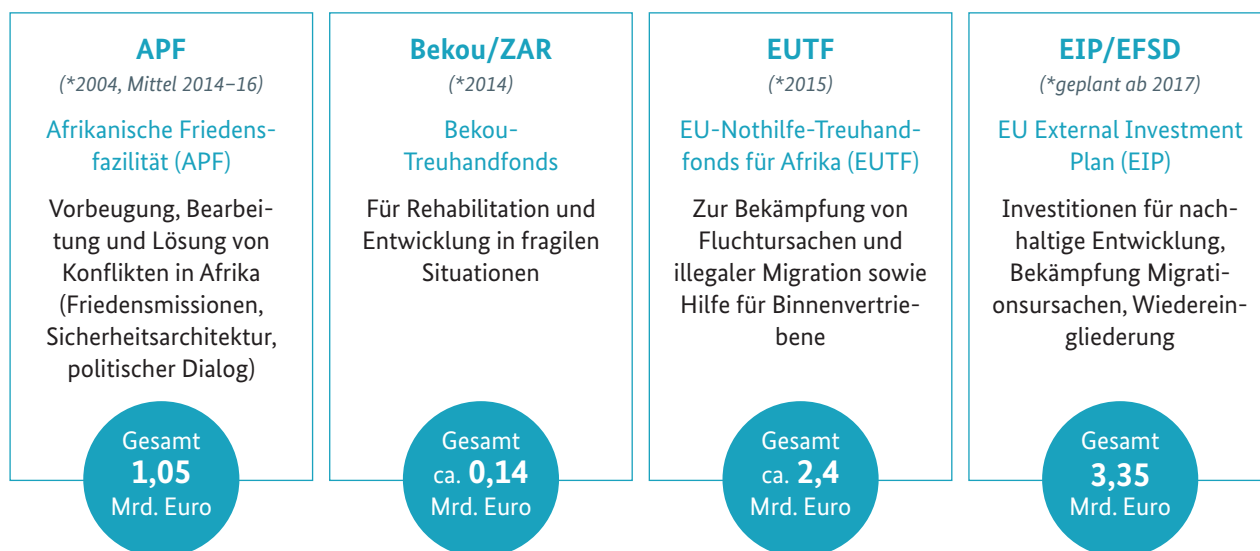
stellt. Bis zu seiner Benennung mit einer neuen Kommission in 2019/2020 kann ein „Afrika-Rat“ unter Vorsitz der Hohen Vertreterin eingerichtet werden, der alle bisher zuständigen EU-Kommissare vereint. Der Afrika-Rat muss alle Maßnahmen der EU fortlaufend auf ihre Entwicklungsförderlichkeit für Afrika prüfen.

Im Zuge der Neufassung des Europäischen Entwicklungskonsenses muss die EU-Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika gestärkt und mit den Instrumenten des EU-Außenhandelns konsequent verzahnt werden.

Kurzfristig können wir zudem bestehende Instrumente nutzen, um die Partnerschaft mit Afrika massiv auszubauen: den EU-Treuhandfonds für Afrika, den EU External Investment Plan, Finanzierungsinstrumente der Europäischen Investitionsbank oder die EU-Migrationspartnerschaften.

Gleichzeitig müssen wir aufhören, für Afrika zu sprechen. Afrika kann für sich selbst sprechen. Deshalb sollte Afrika einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erhalten und auch in anderen internationalen Organisationen entsprechend seiner gewachsenen Bedeutung vertreten sein.

EU-finanzierte Fonds und Fazilitäten in Afrika



Quelle: BMZ Stand: November 2016

2.3 Finanzierung in einer neuen Dimension

Im Jahr 2015 flossen weltweit über 50 Milliarden Euro an staatlicher Entwicklungsfinanzierung (ODA) nach Afrika. Natürlich brauchen wir angesichts der Herausforderungen mehr ODA-Mittel. Bei einem Investitionsbedarf zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) in Afrika von mehr als 600 Milliarden US-Dollar jährlich⁷, können ODA-Mittel alleine nicht die Lösung sein. Wichtig ist daher ein Finanzierungsdreiklang aus:

- *Mobilisierung von eigenen Finanzmitteln in den afrikanischen Staaten und Stärkung der Eigenleistungsfähigkeiten;*
- *Stärkung privater Investitionen und Mobilisierung privaten Kapitals mit neuen Förderinstrumenten und Anlageprodukten;*
- *Einsatz von ODA-Mitteln zur Hebelung privater Investitionen.*

Es ist nicht mehr vermittelbar, weshalb die Steuerquote in den ärmsten afrikanischen Ländern unter 17 Prozent liegt, während sie in OECD-Ländern durchschnittlich 35 Prozent beträgt, oder wieso trotz des Verkaufs von Rohstoffen die Bildungshaushalte in vielen afrikanischen Staaten chronisch unterfinanziert sind.

Entscheidend ist es, eine verstärkte Mobilisierung des Privatsektors zu erreichen. Die Beteiligung Deutschlands und anderer Geber, aber auch multilateraler Entwicklungsbanken an entsprechenden Fonds senkt das Risiko der Anleger deutlich. Öffentliche Mittel fördern damit unmittelbar private Investitionen in Afrika. Jeder Steuer-Euro hebelt ein Vielfaches an privatem Kapital. Investitionen werden dadurch auch für großinstitutionelle Anleger wie Versicherungen und Pensionskassen attraktiv.

Staatliche Entwicklungsgelder können darüber hinaus als Garantieinstrumente – analog der Absicherung von Wirtschaftsexporten durch Hermesbürgschaften – zur Absicherung von privaten Investitionen eingesetzt werden

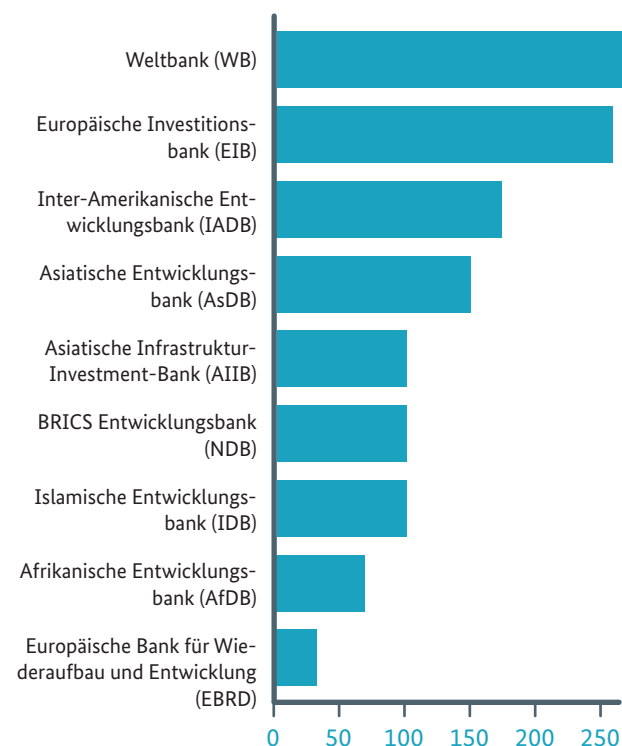
(ODA-finanziertes Bürgschaftsinstrument). Die bereits bestehende Multilaterale Garantieagentur der Weltbank könnte durch entsprechende Zusagen ihre Tätigkeit in Afrika ausweiten.

Investitionen in Afrika dürfen zudem nicht länger unter Währungsrisiken leiden. Wir brauchen daher eine stärkere Absicherung von Lokalwährungsrisiken, beispielsweise durch den Currency Exchange Fund.

Deutschland wird zusammen mit der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds, den regionalen Entwicklungsbanken im Rahmen der G20-Präsidentschaft eine entsprechende Initiative für mehr private Investitionen in Afrika starten.

Wir brauchen zudem eine bessere Koordination und Steuerung der vorhandenen Instrumente. Auch hieran arbeiten wir bereits mit der Weltbank. Die Strukturen des EU External Investment Plans können dabei als Plattform für eine gesamteuropäische Investitionsoffensive dienen.

Basiskapital von Entwicklungsbanken in Mrd. US-Dollar



Quelle: Geschäftsberichte der Banken

7 Economic Development in Africa Report 2016, UNCTAD

3. Die Säulen des Marshallplans

1. Säule: Wirtschaft, Handel und Beschäftigung

WO STEHEN WIR, WO WOLLEN WIR HIN?

Mehr als 50 Millionen Jugendliche befinden sich in Afrika in unsicheren Arbeitsverhältnissen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei bis zu 50 Prozent.⁸ Afrika braucht jährlich rund 20 Millionen neue Arbeitsplätze.⁹

Es gibt viel zu wenig Ausbildungsplätze für die Jugend, und die existierende Ausbildung afrikanischer Jugendlicher geht vielfach am Bedarf der Wirtschaft vorbei. Nötig sind wesentlich mehr Ausbildungsmöglichkeiten in Afrika, eine Aufwertung des Handwerks und der flächendeckende Aufbau beruflicher Ausbildung, insbesondere auch die Entwicklung eines modernen Berufsbildes in der Landwirtschaft. Wir brauchen neue Wege zur Entwicklung von klein- und mittelständischen Betriebsstrukturen. Die Wertschöpfung aus lokalen Ressourcen ist zu gering, Handelsräume sind zu klein, es fehlt an Unternehmertum und Industrie.

Aufgrund der gesunkenen Nachfrage nach Rohstoffen gab es auch rückläufige Wachstumsraten bei vielen afrikanischen Bruttoinlandsprodukten. Dies zeigt die Abhängigkeit Afrikas von Rohstoffen. Es muss stärker auf eine Diversifizierung der Wirtschaft gesetzt werden. Afrikas Integration in die Weltwirtschaft ist gering, die Rahmenbedingungen für Privatinvestitionen sind instabil, in einigen Ländern steigen die Risiken einer dauerhaften Verschuldung.

Es gibt aber auch ermutigende Entwicklungen: Die Nettokapitalzuflüsse nach Subsahara-Afrika haben sich laut Weltbank seit 2000 mehr als verdreifacht, insbesondere in stabilen Ländern mit guter Regierungsführung und entwicklungs-

freundlichen Rahmenbedingungen. In vielen Ländern entwickeln sich inzwischen lokale Finanzsysteme. Unternehmen können sich lokal finanzieren.

Laut *Doing Business Index* der Weltbank hat sich das Geschäftsklima in Subsahara-Afrika seit 2010 überwiegend verbessert. Afrika hat inzwischen Innovations-Cluster, beispielsweise das „Silicon Savannah“ in Kenia, Herz des Afrikanischen High-tech-Booms.

Ressourcenreichtum, fruchtbare Böden, ein wachsender Mittelstand – dies sind nur einige der großen Potentiale Afrikas. Das größte Potential bietet aber Afrikas Jugend. 2035 wird Afrika das größte Arbeitskräfte-Potential weltweit haben.¹⁰ Entscheidend wird sein, dass Afrika seine Möglichkeiten in eine „demographische Dividende“ umwandeln kann.

Nicht zuletzt für die deutsche Wirtschaft bietet Afrika vielversprechende Perspektiven, als letzter noch nicht erschlossener Markt – und das in direkter Nachbarschaft Europas.

Unsere Vision ist in der AU-Strategie bereits formuliert: „**Ein prosperierendes Afrika, das auf inklusivem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung fußt.**“

⁸ OECD (2016)

⁹ IWF (2016)

¹⁰ Mo Ibrahim Foundation (2013)

WAS MUSS PASSIEREN?

→ AFRIKA

- Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen verbessern (u.a. Investitions- und Innovationsklima).
- Stabile und inklusive Finanzsysteme entwickeln.
- Innerafrikanischen Handel fördern (AU und Regionalorganisationen).
- Verhandlungen für eine kontinentale Freihandelszone (Continental Free Trade Area, CFTA) schnell und erfolgreich abschließen.
- Binnenmärkte durch Schutzzölle partiell und befristet vor globaler Konkurrenz sichern.
- Berufsbildung ausweiten und stärker an der Nachfrage der lokalen Arbeitsmärkte ausrichten.
- WTO-Übereinkommen über Handelserleichterungen ratifizieren.

→ DEUTSCHLAND

- Bündnis für Beschäftigung und Berufsbildung für Afrikas Jugend zusammen mit der deutschen Wirtschaft und internationalen Partnern (ILO, AfDB etc.) starten.
- Ressortübergreifendes Paket mit Investitionsanreizen für Unternehmen schnüren:
 - entwicklungsförderliche Doppelbesteuerungsabkommen mit weiteren afrikanischen Staaten abschließen,
 - steuerliche Anreize für Investitionen in Afrika setzen und
 - Wirtschaftsförderungsinstrumente des BMWi mit der Entwicklungspolitik besser verzahnen.
- Beratungsnetzwerk für deutsche Unternehmen in Afrika ausbauen.
- Privatwirtschaft beim Aufbau nachhaltiger Lieferketten unterstützen, zum Beispiel „Entwaldungsfreie Lieferketten“ für Soja und Palmöl, „Faire Lieferkette“ für Kakao, Kaffee und Bananen.
- Afrikanische Finanzmärkte und Finanzdienstleister unterstützen (zum Beispiel durch Lokalwährungsdarlehen und Übernahme von Währungsrisiken und Garantien).
- Staatliche Entwicklungsgelder (ODA) zur Mobilisierung privaten Kapitals für mehr Beschäftigung einsetzen.
- Um Investitionsrisiken für deutsche Unternehmen zu senken, Risikotransferinstrumente (zum Beispiel Darlehens- und Kreditgarantieinstrumente) weiterentwickeln und ausbauen (neues ODA-finanziertes Bürgschaftsinstrument schaffen).
- Neue Anlageprodukte (Fonds und Anleihen) für Privatanleger entwickeln.
- Digitalisierungszentrum für die afrikanische Wirtschaft zusammen mit afrikanischen Partnern gründen.

→ INTERNATIONAL

- Wirtschafts- und Energiepartnerschaft (u.a. Förderung erneuerbarer Energien, Forschungskooperation und Infrastrukturpartnerschaften) EU-Nordafrika unterstützen.
- Politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der EU-Mittelmeer-Union ausbauen.
- Entwicklungsfreundliche Handels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen vereinbaren und umsetzen.
- Europäischen Investitionsplan unterstützen und für die Ziele und Schwerpunkte dieses Marshallplans einsetzen.
- Die Marktintegration und -öffnung des EU-Binnenmarktes weiter vorantreiben.
- Den Aufbau lokaler Wertschöpfungsketten fördern.
- Die afrikanische Wirtschaft dabei unterstützen, EU-Qualitätsstandards zu erreichen, um Exportpotentiale und die vorhandene Marköffnung des EU-Binnenmarktes auch für die eigene Wertschöpfung nutzen zu können.
- Bestehende Investitionsabkommen mit afrikanischen Staaten überprüfen und entwicklungsorientiert modernisieren.
- Wertschöpfung in Afrika fördern (zum Beispiel durch Nutzung einheimischer Arbeitskräfte bei Infrastrukturprojekten).
- Über Möglichkeiten legaler Migration in die EU für die Ausbildung von Fachkräften informieren und werben.
- Vorbereitung finanzierungsreifer Vorhaben für private Investoren unterstützen.
- Verdrängung von Privatkapital durch Entwicklungsbanken verhindern und stattdessen Privatkapital mobilisieren.
- Staatliche Entwicklungsgelder (ODA) nur einsetzen, wenn das Vorhaben für eine private Finanzierung nicht geeignet ist.
- Haushalte von Partnerländern nicht durch die Übernahme von Währungsrisiken bei US-Dollar/Euro-Krediten belasten, mehr Lokalwährungsdarlehen durch Entwicklungsbanken anbieten.

2. Säule: Frieden, Sicherheit und Stabilität

WO STEHEN WIR, WO WOLLEN WIR HIN?

Frieden und Sicherheit sind Grundvoraussetzungen für Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum. Krieg und Gewalt zerstören in wenigen Wochen, was jahrelang aufgebaut worden ist. Sie führten im Jahr 2015 zur Vertreibung von etwa 20 Millionen Menschen¹¹. Doch wo geschossen wird, wird auch weiterhin niemand investieren. Oft erwachsen Konflikte aus dem Kampf um Rohstoffe. Der Reichtum an Rohstoffen ist damit Afrikas Fluch und Segen zugleich. Hinzu kommt die wachsende Bedrohung durch gewaltsamen Extremismus, der oftmals mit vermeintlichen religiösen Auffassungen begründet wird.

Die Afrikanische Union hat sich bereits in ihrer Gründungsakte Frieden und Sicherheit als zentrales Ziel gesetzt und dies in der Agenda 2063 bestätigt. Sie hat sich eine Friedens- und Sicherheitsarchitektur erarbeitet, die u.a. einen afrikanischen Sicherheitsrat, einen Frühwarnmechanismus und eine afrikanische Eingreiftruppe umfasst. Diese

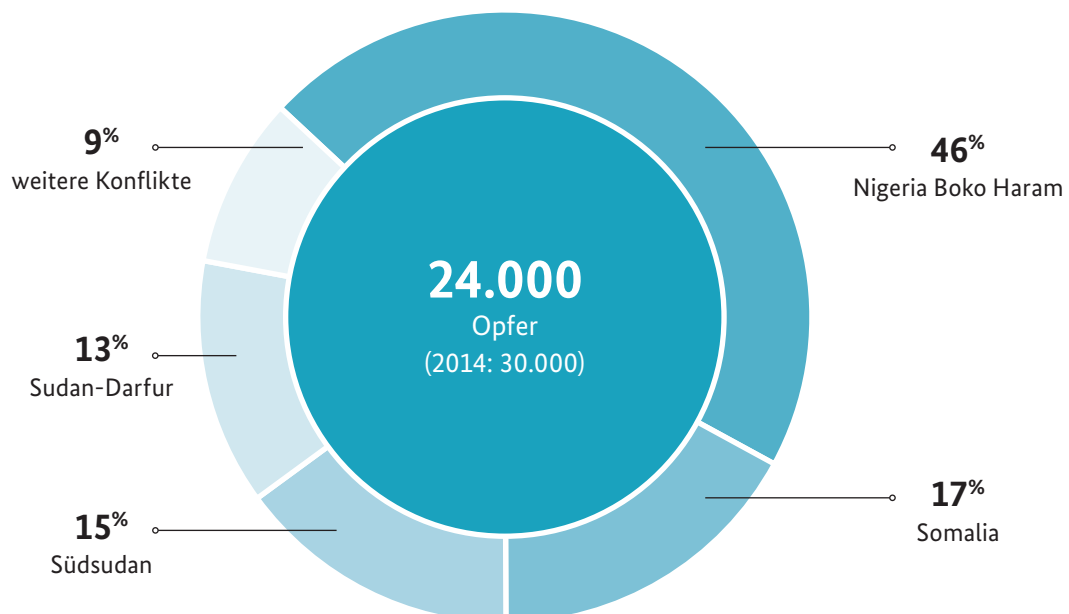
Institutionen und die afrikanische Krisendiplomatie hat bisher bereits viele Gewaltkonflikte in Afrika eindämmen können.

Dabei hinkt vor allem der Aufbau der zivilen Kapazitäten den militärischen hinterher. Es mangelt noch an Vernetzung, an personellen und administrativen Kapazitäten sowie an Training des Personals. Das verlangt nach mehr Unterstützung. Afrika, die Afrikanische Union und ihre Regionalorganisationen müssen befähigt werden, Krisen und Konflikte selbst zu befrieden.

Unsere Vision ist in der AU-Strategie bereits formuliert: „*Ein friedliches und sicheres Afrika.*“

¹¹ UNHCR (2016)

Opfer aufgrund von Konflikten in Subsahara-Afrika in 2015



Quelle: International Institute for Strategic Studies (IISS), www.iiiss.org

WAS MUSS PASSIEREN?

→ AFRIKA

- Sicherheitsarchitektur der AU und Regionalorganisationen ausbauen.
- Finanzierung der afrikanischen Friedens- und Sicherheitspolitik durch substantielle Eigenbeteiligungen sicherstellen.
- Zivile Kontrolle nationaler Sicherheitsbehörden stärken.

→ DEUTSCHLAND

- Prävention stärken: Den Aufbau afrikanischer Sicherheitsstrukturen vor allem bei Mediation, Frühwarnsystemen und Friedenskonsolidierung weiter unterstützen.
- Die künftigen „Leitlinien der Bundesregierung für Ziviles Krisenengagement und Friedensförderung“ auch in Afrika konsequent umsetzen.
- Angebote für Sicherheitspartnerschaften entwickeln.
- Durch eine Ertüchtigungsinitiative die Befähigung von Sicherheitskräften fördern.

→ INTERNATIONAL

- Für den EU-Afrika-Gipfel im Jahr 2017 eine „EU-Afrika-Friedens- und Sicherheitspartnerschaft“ vorschlagen.
- Die African Peace Facility der EU bis zum Jahr 2020 fortführen und dafür Mittel jenseits des Europäischen Entwicklungsfonds mobilisieren sowie den Anteil für den zivilen Kapazitätsaufbau konsequent erhöhen.
- Nach 2020 ein gesondertes EU-Finanzierungsinstrument für den militärischen Kapazitätsaufbau und die Finanzierung von Friedensmissionen aufbauen.
- Bei der Finanzierung afrikanisch-geführter Friedensmissionen zu einer effektiven und verlässlichen Lastenteilung zwischen der AU und den Vereinten Nationen gelangen.
- Diplomatische Offensive für Konfliktlösungen anstrengen.
- Durch Einbeziehung von Wirtschafts- und Beschäftigungsperspektiven einen breiteren und substantielleren Ansatz in Post-Konflikt-Situationen erzielen und damit eine schnellere Friedensdividende erwirtschaften.
- Religionsgemeinschaften als friedensförderndes Element unterstützen.
- Die „International Partnership on Religion and Sustainable Development“ weiter ausbauen.
- Keine Waffenexporte in Krisengebiete durchführen und den Kleinwaffenhandel besser kontrollieren.

3. Säule: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte

WO STEHEN WIR, WO WOLLEN WIR HIN?

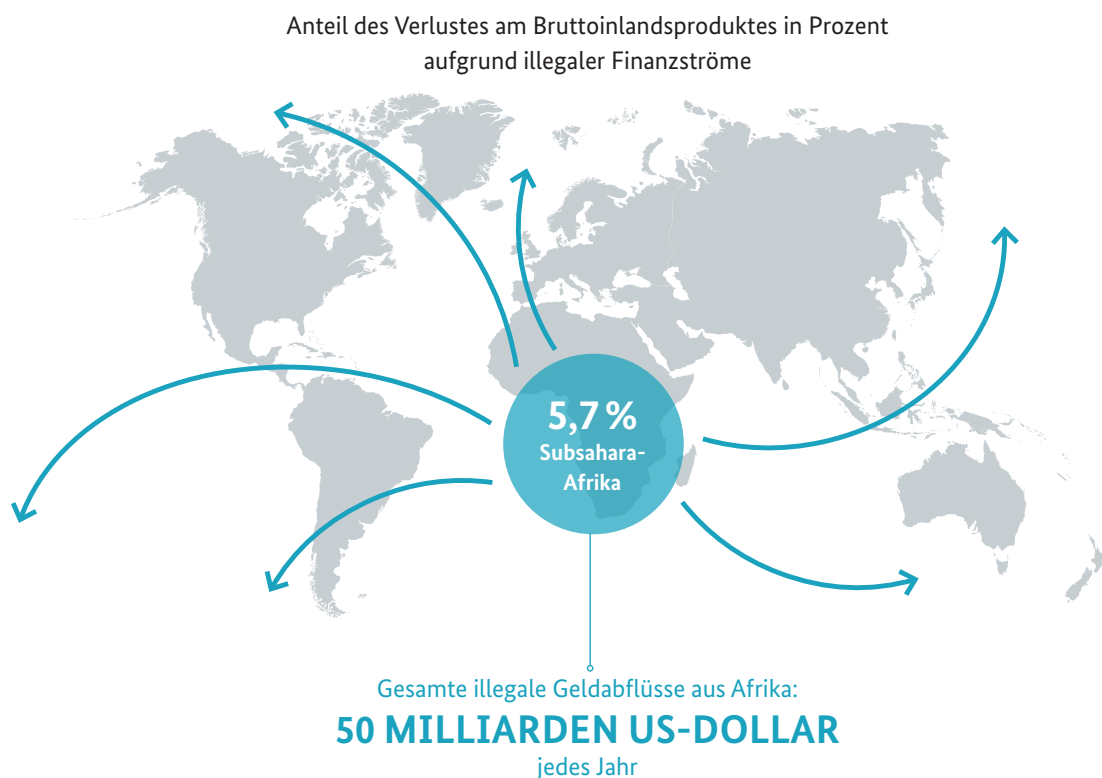
Private Investitionen brauchen die richtigen staatlichen Rahmenbedingungen – auch um sicherzustellen, dass nicht nur die Elite eines Landes profitiert, sondern alle. Große Teile der afrikanischen Bevölkerung leiden unter mangelnder Rechtsstaatlichkeit, Ausschluss von politischen Entscheidungsprozessen, ineffizienten Verwaltungen und Korruption. Jedes Jahr fließen über 50 Milliarden US-Dollar an illegalen Finanzströmen aus Afrika und entziehen den Volkswirtschaften wichtiges Kapital.¹²

Das entspricht der Summe der gesamten staatlichen Entwicklungsgelder. Das Vertrauen in staatliche Institutionen in Afrika ist im weltweiten Vergleich am geringsten. Natürlich gibt es auch Beispiele für positive Entwicklungen: Ruanda hat große Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung

gemacht – auch durch deutsche Unterstützung bei der Modernisierung der lokalen Verwaltung und dem Aufbau von Monitoringsystemen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft.

Das Ziel ist „*ein Afrika der guten Regierungsführung, der Demokratie, des Respekts für die Menschenrechte, der Gerechtigkeit und der Rechtsstaatlichkeit*“. (Agenda 2063)

¹² Abschlussbericht des High Level Panel on Illicit Financial Flows from Africa der AU/VN (2015)



Quelle: Vereinte Nationen, 2016

WAS MUSS PASSIEREN?

→ AFRIKA

- AU-Charta zu Demokratie, Wahlen und Governance und die VN-Korruptionsbekämpfungskonvention durch alle afrikanischen Regierungen umsetzen.
- Den Afrikanischen Menschenrechtsgerichtshof durch alle afrikanischen Staaten unterstützen.
- Individualbeschwerden beim Afrikanischen Menschengenrichtshof zulassen.
- Zugang zu unabhängigen Gerichten auch für arme Bevölkerungsschichten sicherstellen.
- Rechtssicherheit und Kampf gegen Straflosigkeit stärken.
- Verwaltungen modernisieren (Effizienz, Transparenz und Rechenschaftspflicht).
- Bürokratie abbauen – vor allem bei Registrierung von Unternehmen.
- Verwaltungsbeamte nach Eignung, Leistung und Befähigung auswählen.
- Um Korruption zu verhindern, Verwaltungsbeamten kompetitive Gehälter zahlen.
- Transparenz im Rohstoffsektor und im öffentlichen Vergabewesen stärken.
- Personenstandsregister und Kataster aufbauen.
- Eigentumsrechte stärken.
- Eine freie Entfaltung der Zivilgesellschaft sicherstellen.
- „NGO-Verbotsgesetze“ zurücknehmen.
- Menschenrechte für alle Menschen – auch Angehörige von Minderheiten – durchsetzen.
- African Peer Review Mechanismus für die Umsetzung der Agenda 2063 weiterentwickeln.
- Plenum der AU zur Diskussion über den Stand der Umsetzung der Agenda 2063 nutzen.
- Addis Abeba Action Agenda umsetzen:
 - Steuerquoten erhöhen;
 - Steuer-/Abgabenbasis verbreitern;
 - Finanzadministration stärken und
 - Steuerschlupflöcher stopfen.

→ DEUTSCHLAND

- Staatliche Entwicklungsgelder (ODA) an Fortschritte bei der Umsetzung der Ziele der Agenda 2063 (Reformpartnerschaften) knüpfen.
- Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit flexibilisieren.
- Planungs-/Umsetzungsphasen von entwicklungspolitischen Maßnahmen verkürzen.
- Neue Anreizsysteme zur Mobilisierung von Eigenmitteln (zum Beispiel „Steuer-matching – Aufstockung von zusätzlichem Steueraufkommen durch staatliche Entwicklungsgelder) schaffen.
- Klartext statt diplomatischer Zurückhaltung bei Reformverweigerern.
- Junge Verantwortungseliten in Afrika über politische Stiftungen stärker fördern. Deutsch-Afrikanische Jugendinitiative zu einem „ERASMUS“-Programm mit Afrika ausbauen und gegenseitigen Austausch fördern.

→ INTERNATIONAL

- Illegale Finanzströme und aggressive Steuervermeidung sowie Steuerhinterziehung stoppen.
- Automatischen Informationsaustausch in Steuersachen ausbauen.
- G20/OECD-Aktionsplan gegen Gewinnkürzung/-verlagerungen multinationaler Unternehmen umsetzen.
- Einhaltung von internationalen Standards zur Nachhaltigkeit, Transparenz und Steuererhrlichkeit durch Unternehmen sicherstellen und kontrollieren. VN Global Compact in Afrika ausweiten.
- Selbstverpflichtung der G20, Engagement in Afrika so auszurichten, dass Rechtsstaatlichkeit und Transparenz gefördert werden und Wertschöpfung in Afrika entsteht, insbesondere durch Nutzung einheimischer Arbeitskräfte.
- Visavergabe insbesondere für Wissenschaftler, Kulturschaffende, Journalisten und Menschenrechtler erleichtern.
- Initiative für Transparenz im rohstoffgewinnenden Sektor (EITI) und Beratung bei Vertragsverhandlungen (G7 CONNEX-Initiative) ausbauen.
- Afrikanische Länder bei der Mobilisierung von eigenen finanziellen Ressourcen unterstützen. Addis Steuerinitiative auf weitere Länder ausweiten.
- Internationale Investitionsoffensive für E-Governance/Digitalisierung der Verwaltung – mit Afrika, internationalen Gebern und Technologiefirmen – starten.

4. Das Fundament des Marshallplans

4.1 Ernährung und Landwirtschaft

WO STEHEN WIR, WO WOLLEN WIR HIN?

Afrika könnte sich selbst ernähren, stattdessen gibt Afrika jährlich 35 Milliarden US-Dollar¹³ für den Import von Lebensmitteln aus. Noch immer hungern südlich der Sahara mehr als 232 Millionen¹⁴ Menschen – fast jeder Vierte.

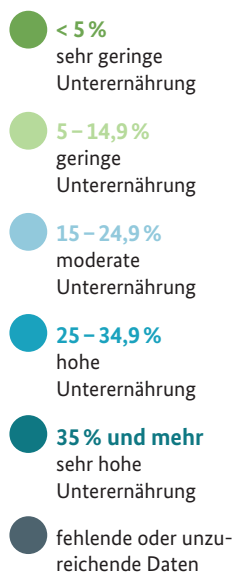
Afrika ist weiterhin der einzige Kontinent, in dem die absolute Zahl der chronisch mangelernährten Kinder ansteigt. Es droht das Heranwachsen einer „verlorenen Generation“. Die Investition in Ernährungsprogramme vor allem für Schwangere,

Mütter und Kleinkinder ist die wichtigste Investition in die Zukunft.

Die Hauptursache für Hunger ist Armut. Armut hat dabei vor allem ein ländliches Gesicht. Investitionen in die Landwirtschaft wurden viel zu lange vernachlässigt. Kostbare Devisen fließen unnötig in die Deckung des Grundbedarfs. Der Agrarsektor, in dem ca. 70 Prozent der Bevölkerung tätig sind, trägt nur 30 Prozent zur Wertschöpfung bei.

¹³ AfDB (2016)

¹⁴ UN/WFP (2016)



Die Karte zeigt den Anteil von unterernährten Menschen an der Bevölkerung eines Landes von 2014 bis 2016.



Mit den in dieser Veröffentlichung verwendeten Bezeichnungen und der Art der Wiedergabe des Inhalts nimmt das BMZ keine Stellung zum Rechts- oder Verfassungsstatus von Ländern, Staats-, Hoheits- oder Seegebieten oder ihren Grenzen und Grenzlinien. Quelle: FAO, IFAD und WFP 2015.

Dabei kann die Produktivität der afrikanischen Landwirtschaft bereits mit Hilfe besserer Bildung, Ausbildung und Beratung sowie einem einfachen Zugang zu Erkenntnissen aus der Agrarwissenschaft enorm gesteigert werden.

Notwendig sind:

- *technische Innovationen (zum Beispiel besseres Saatgut, Tierhygiene, Lagerungs- und Verarbeitungstechnik),*
- *organisatorische Innovationen (zum Beispiel Stärkung von Erzeugergemeinschaften und Bauernorganisationen) sowie*
- *systemische Innovationen (zum Beispiel Aufbau von Geschäftsmodellen, Vermarktung und Vertrieb).*

Über 315 Millionen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern brauchen darüber hinaus:

- *einen einfachen Zugang zu Agrarfinanzdienstleistungen (zum Beispiel zu Krediten für Betriebsmittel und zu Versicherungen),*
- *einen Ausbau der Infrastruktur; die Anbindung des ländlichen Raums an die wachsenden Städte muss sichergestellt sein und ist Voraussetzung für die Ausweitung des innerafrikanischen Handels und*
- *eine Reform der Landrechte; für die Zukunft der kleinbäuerlichen Betriebe ist dies elementar und zugleich wichtige Voraussetzung für eine gerechte Teilhabe an steigender Wertschöpfung.*

Im ländlichen Raum liegt die Zukunft Afrikas. Er darf nicht zum Verlierer der Globalisierung werden. Fortschritte einzelner Länder dürfen nicht durch entfesselte und unregulierte Marktkräfte oder aber verzerrende Agrarsubventionen konkurrenzverfälscht werden. Finanzinvestitionen in Agrarmärkte sollten transparent und reguliert erfolgen. Spekulationen bei drohenden globalen Nahrungspreiskrisen müssen unterbunden werden.

Gleichzeitig müssen die afrikanischen Länder die ihnen gewährten handelspolitischen Möglichkeiten nutzen, um ihre Märkte zu schützen und eine konkurrenzfähige Agrar- und Ernährungswirtschaft aufzubauen. Abhängigkeiten müssen verringert, Unabhängigkeiten gestärkt werden. Dies kann mit einer weltweiten Vereinbarung eines zoll- und quotenfreien Marktzugangs für alle am wenigsten entwickelten Länder gefördert werden.

Die Globalisierung verknüpft die Lebensbedingungen der Menschen unmittelbar. Die Produktion und der Konsum von Agrarprodukten haben einen erheblichen Einfluss auf die ökologischen und sozialen Verhältnisse in Afrika. Noch immer leben die meisten Kakaobauern unterhalb der Armutsgrenze. Nur 6 Prozent des Kakaopreises kommt bei ihnen an. Es ist zudem ein Skandal, dass immer noch Kinderarbeit in der Kakaoproduktion stattfindet.

Wir brauchen daher dringend neue Wege für nachhaltige agrarische Wertschöpfungsketten und eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort. Multi-Akteurs-Foren wie das „Forum nachhaltiger Kakao“ sind ein erster wichtiger Schritt.

Auch unser Konsumverhalten muss sich ändern. Information und Aufklärung sind die Grundlage hierfür. Faire und umweltschonende Lieferketten müssen durch glaubwürdige Umwelt- und Sozialsiegel auf den ersten Blick für jeden erkennbar sein.

Ziel ist ein Afrika „mit einer modernen Landwirtschaft für höhere Produktion, Produktivität und Wertschöpfung, die zu bäuerlichem und nationalen Wohlstand ebenso beiträgt wie zu Afrikas kollektiver Ernährungssicherheit“. (Agenda 2063)

WAS MUSS PASSIEREN?

→ AFRIKA

- Gezielte Programme zur Ernährungssicherung vor allem für Schwangere, Mütter und Kinder auflegen.
- Mindestens 10 Prozent der öffentlichen Ausgaben für eine innovationsorientierte Landwirtschaft einsetzen.
- Zugang zu Beratung und Ausbildung, Produktionsmitteln und Kapital verbessern.
- Leistungsfähige Systeme der Agrarfinanzierung aufbauen.
- Durch Infrastruktur sowie Abbau von Handelshemmnissen den innerafrikanischen Agrarhandel stärken.
- Nachhaltige Agrarpolitik umsetzen und – insbesondere auch für Frauen – sichere Landrechte schaffen.
- Möglichkeiten zum Schutz des eigenen Marktes für den Aufbau der eigenen Agrarwirtschaft ausschöpfen.

→ DEUTSCHLAND

- Die Programme der Sonderinitiative EINEWELT ohne Hunger einschließlich der Grünen Innovationszentren weiter ausbauen und deren strukturbildende Wirkung in den Ländern Afrikas stärken.
- Programme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zur Entwicklung des ländlichen Raumes weiter stärken.
- Öffentliche Agrar-/Züchtungsforschung und Zugang für kleinbäuerliche Familien zu qualitativ hochwertigem Saatgut stärken.
- Modernisierung der Landwirtschaft Afrikas durch Entwicklung angepasster Technologien für Kleinbauern fördern.
- Aufbau nachhaltiger Agrarlieferketten weiterentwickeln durch
 - Aufbau von Multi-Akteurs-Foren (Beispiel: Forum Nachhaltiger Kakao),
 - Förderung glaubwürdiger Umwelt- und Sozialsiegel im Agrarbereich und
 - Unterstützung von Partnerländern bei der Erfüllung von Qualitätsstandards.

→ INTERNATIONAL

- EU-Marktzugang für Afrika verbessern und afrikanischen Staaten Schutzmechanismen ermöglichen, um eine Agrarwirtschaft aufzubauen.
- Alle handelsverzerrenden Agrarsubventionen auf WTO-Ebene abschaffen.
- Internationale investive Programme, wie das Global Agriculture Food Security Programme (GAFSP), und Programme gegen Mangelernährung stärken.
- Jugendbeschäftigung im ländlichen Raum und Agrarinnovationen durch stärkeres Engagement der G20 fördern.
- Afrikanischen Fischereisektor vor Überfischung durch faire Fischereiabkommen und stärkeres Vorgehen gegen illegale Fischerei schützen.
- Verbesserung der Zusammenarbeit internationaler Organisationen für Ernährung und Landwirtschaft (insbes. FAO, IFAD, WFP, Weltbank, CGIAR) einfordern.

4.2 Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen

WO STEHEN WIR, WO WOLLEN WIR HIN?

Afrika ist der am meisten vom Klimawandel bedrohte Kontinent. Sieben der zehn durch den Klimawandel am meisten gefährdeten Staaten befinden sich in Afrika. In den letzten 25 Jahren hat sich die Anzahl wetterbedingter Katastrophen, wie Überschwemmungen und Dürren, verdoppelt. Das „El Niño“-Phänomen hat dies für weite Teile des östlichen und südlichen Afrikas noch einmal eindrücklich gezeigt. Der Klimawandel gefährdet elementare Lebensgrundlagen wie Anbauflächen, Wasserversorgung, Ökosysteme und Versorgungsinfrastruktur. Schon heute ist Afrika die Region mit der höchsten durch Dürren verursachten Sterblichkeitsrate. Der Klimawandel erhöht damit das Konfliktpotential um natürliche Ressourcen (wie Land und Wasser) und in Folge dessen auch den Migrationsdruck.

Die Nutzung natürlicher Ressourcen trägt laut dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen für viele Länder Afrikas bis zu 50 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Zudem sind die Meeresregionen, an die viele Länder in Afrika grenzen, von Überfischung betroffen. Das Bevölkerungswachstum wird den Druck auf Afrikas Ökosysteme in den nächsten Jahrzehnten massiv verstärken.

Gleichzeitig subventionieren afrikanische Staaten die Ressourcenausbeutung in ihren Ländern. Allein fossile Brennstoffe werden in Subsahara-Afrika mit rund 21 Milliarden US-Dollar¹⁵ im Jahr subventioniert. Durch Subventionsabbau, die Einführung von Umweltsteuern und Verschmutzungsabgaben könnten afrikanische Staaten nicht nur die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Wirtschaft schaffen, sondern auch zusätzliche Mittel für die Entwicklungsfinanzierung mobilisieren.

Afrikas Biodiversität und Ökosysteme sind eine Schatzkammer, die es als Beitrag zur Resilienz gegen Klimawandel, aber auch für Wirtschaft und Beschäftigung zu erhalten gilt. Die gegenwärtigen Waldflächen müssen als Kohlenstoffsенke und zur Sicherstellung der für die Landwirtschaft und Energieerzeugung zentralen Niederschlagsverteilung unbedingt erhalten bleiben. Mit dem Einsatz umweltfreundlicher Technologien in der Wirtschaft würde nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit afrikanischer Produkte erhöht, sondern auch ein wichtiger Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz geleistet.

Unser Ziel ist ein grünes, resilientes und nachhaltiges Afrika, dessen „natürliche Ressourcen, Umwelt und Ökosysteme, einschließlich wilder Tiere und Landschaften, stabil sind sowie geschätzt und geschützt werden, mit klimaresilienten Wirtschaftssystemen und Gemeinschaften“. (Agenda 2063)

Dazu muss Afrika selbst Verantwortung für den Schutz und die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen als Grundlage für Wirtschaft und Wohlstand in der Zukunft übernehmen.

¹⁵ Africa Progress Report 2015

WAS MUSS PASSIEREN?

→ AFRIKA

- Landwirtschaft besser an den Klimawandel anpassen, zum Beispiel durch:
 - besseren Erosionsschutz und konservierende Anbaumethoden,
 - veränderte Fruchtfolgen und effizienteren Einsatz von Wasser,
 - Diversifizierung des Anbaus und
 - Wiederherstellung der Bodenfruchtbarkeit.
- Mehr Natur- und Meeresschutzgebiete etablieren und besser verwalten.
- Vereinbarung zum Kampf gegen Wilderei treffen.

→ DEUTSCHLAND

- Afrikanische Partnerländer dabei unterstützen, ihre nationalen Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen umzusetzen, zum Beispiel:
 - Bei der Ausgestaltung und Umsetzung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen individuell beraten.
 - Bei der Mobilisierung eigener Finanzierungsmittel und gezielter finanzieller Unterstützung unterstützen.
 - Private Investitionen und Beteiligungen zum Beispiel für klimaschonende Landwirtschaft, Waldwirtschaft, Aufforstungen, Industrie, Energieerzeugung und Energieeffizienz mobilisieren.

→ INTERNATIONAL

- Technologietransfer und umweltfreundliche Investitionen gezielt fördern.
- Internationale Beschlüsse zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes zügig umsetzen.
- Afrikanische Staaten dabei unterstützen, Kostenwahrheit beim Verbrauch von Waren und Ressourcen herzustellen (zum Beispiel durch Aufbau ökologischer Steuersysteme und Abbau schädlicher Subventionen).
- Zusätzliches Kapital für Klimarisikoversicherungen zur Verfügung stellen.
- Die Dürreversicherung African Risk Capacity noch stärker ausbauen (Entwicklung neuer Versicherungsprodukte und Aufnahme neuer Mitglieder).
- Internationale Initiativen zur Wiederaufforstung (zum Beispiel Saharaumfeld) und Tropenwaldschutz ausbauen.

4.3 Energie und Infrastruktur

WO STEHEN WIR, WO WOLLEN WIR HIN?

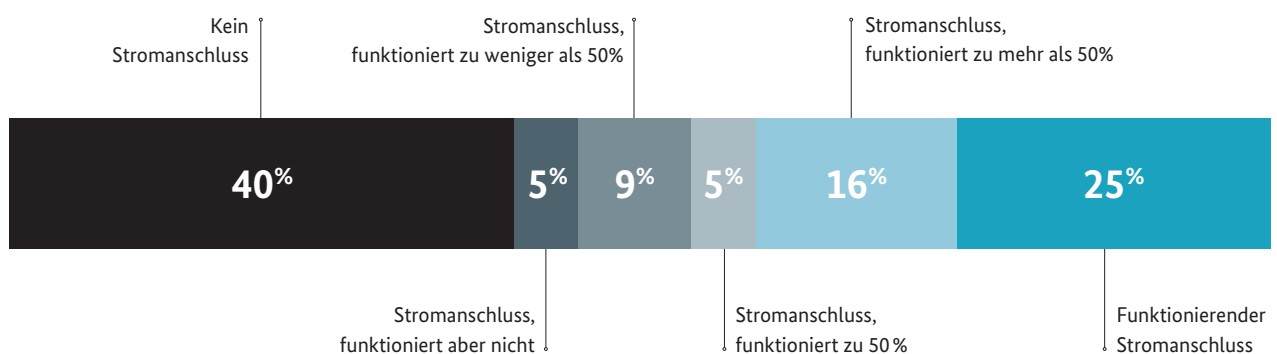
Afrika entgehen jedes Jahr 2 Prozent¹⁶ an Wirtschaftswachstum durch fehlende oder unzureichende Infrastruktur. Dies gilt sowohl für Transportinfrastruktur als auch für die Energie- und Wasserversorgung: In Afrika produzierte Güter verteuern sich nach Schätzungen der Vereinten Nationen auf dem Weltmarkt um bis zu 40 Prozent. Nur etwa 32 Prozent der Bevölkerung Subsahara-Afrikas hat nach Angaben der Internationalen Energieagentur Zugang zu Strom und nur die Hälfte hat Zugang zu sauberem Wasser. Für die Wirtschaft ist eine verlässliche Versorgung mit Wasser und Energie rund um die Uhr essentiell. Der Sonnenkontinent Afrika hat die Chance, ohne den Umweg über umweltbelastende Technologien, die Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien massiv auszubauen, direkt zukunftsfähig, nachhaltig und kostengünstig. Technologien zur Gewinnung von Energie durch Sonne, Wasser, Wind, Biomasse und Geothermie sind vorhanden. Wenn die politischen Rahmenbedingungen stimmen, ist die Investitionsbereitschaft hoch. Es kann daher gelingen, bis zum Jahr 2030 für 90 Prozent der afrikanischen Bevölkerung einen sicheren Zugang zu Energie zu schaffen.

Mit dezentralen Energielösungen kann eine schnelle und effektive Versorgung des ländlichen Raums erreicht werden. Dies schafft Arbeitsplätze und ermöglicht lokale Wertschöpfung. Dieselgeneratoren müssen hoch effizienter Solar-, Wind-, Biomasse- und Wasserenergie weichen. Sowohl privatwirtschaftliche Modelle als auch kommunale Ansätze können die notwendige langfristige Finanzierung sicherstellen. Dorfgemeinschaften können beispielsweise durch den Zusammenschluss in Genossenschaften Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien selbst aufbauen und betreiben.

Neben der Entwicklung des ländlichen Raums gibt es dringenden Handlungsbedarf vor allem in den stark wachsenden Städten. Die bestehende Infrastruktur hält dem Zustrom nicht stand: Menschen leben in prekären Verhältnissen ohne Energie-, Wasser- oder Sanitärversorgung und tragfähige Mobilitätskonzepte; das wirtschaftliche Potential der Städte wird verschenkt.

Der Investitionsbedarf ist immens: laut Afrikanischer Union sind es 360 Milliarden US-Dollar bis 2040.

16 UN Economic Commission for Africa (2015)



Quelle: Umfrage von Afrobarometer 2014/2015

Ohne privates Kapital und eigene Mittel der Länder Afrikas können die Defizite nicht behoben werden. Der Engpass liegt vor allem in der Vorbereitung finanzierungsreifer Projekte, nicht allein in der Finanzierung. Wenn Rahmenbedingungen stimmen – wie dies beim Mobilfunk der Fall war – können Investitionslücken schnell geschlossen werden.

Eine wichtige Grundlage hierfür ist das kontinentale *Programme for Infrastructure Development in Africa (PIDA)*.

Unser Ziel ist eine flächendeckende und hochwertige Energie-, Transport-, Wasser- und IKT-Infrastruktur in Ballungsgebieten („New Urban Agenda“) sowie im ländlichen Raum, die *„Afrikas beschleunigte regionale Integration sowie Wachstum, technologische Transformation, Handel und Entwicklung unterstützt“*. (Agenda 2063)

WAS MUSS PASSIEREN?

→ AFRIKA

- Über Kapitalmärkte finanzielle Ressourcen für Infrastruktur mobilisieren und für nachhaltige ländliche und städtische Entwicklung einsetzen.
- Energiepolitik konsequent auf den Ausbau von erneuerbarer Energie und den Aufbau eines bedarfsgerechten Energiemixes ausrichten.
- Dezentrale Energiestrukturen in ländlichen Regionen mit Hilfe von privatwirtschaftlichen Investitionen, Kommunen und/oder Genossenschaften aufbauen.
- Zugang zur lokalen Energieversorgung mit Hilfe von digitalen Bezahlssystemen absichern.

→ DEUTSCHLAND

- Erarbeitung finanzierungsreifer Infrastrukturprojekte unterstützen und Erfahrungen aus der Energiewende für den Ausbau erneuerbarer Energien in konzertierter Form bereitstellen.
- Privates Kapital für die Modernisierung und Transformation des Energiesektors hin zu erneuerbaren Energien einwerben.
- Anreizsysteme zum Aufbau dezentraler Energielösungen im ländlichen Raum durch Kommunen, Privatinvestitionen und lokale Genossenschaften ausbauen.
- Technologie- und Energiepartnerschaften aufbauen.
- Mit 40 Städten Afrikas das Potential der rasanten Urbanisierung Afrikas nutzen und Städte-Partnerschaften ausbauen.

→ INTERNATIONAL

- G20-Infrastrukturinitiativen mit Afrika umsetzen und ausweiten.
- Finanzierungen durch Entwicklungsbanken im Energiesektor auf Erneuerbare Energien konzentrieren.

4.4 Gesundheit, Bildung und soziale Sicherung

WO STEHEN WIR, WO WOLLEN WIR HIN?

Die Sicherstellung von Angeboten für Gesundheit, Bildung und soziale Sicherung gehört zu den Kernbereichen staatlicher Fürsorge. Die afrikanischen Staaten müssen dieser Verantwortung gerecht werden.

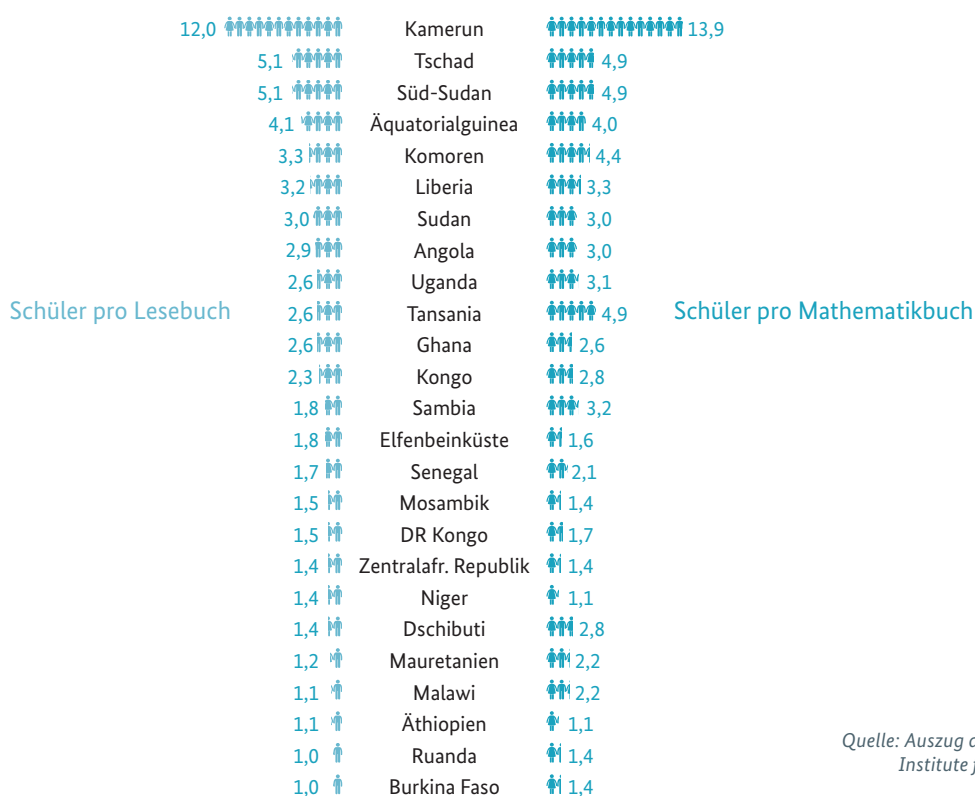
Doch in Afrika mangelt es an Infrastruktur, Ausstattung und vor allem an gut ausgebildetem Fach- und Verwaltungspersonal, um Bildung und Basisgesundheitsversorgung bereitzustellen. Zu viele Kinder können auch nach dem Schulbesuch nicht lesen und schreiben; vor allem Mädchen brechen zu oft die Schule ab. Bildung ist die Voraussetzung für die Entwicklung der Zukunft. Familienplanung, sinkende Kindersterblichkeit und Bildungschancen für Frauen sind unerlässlich zur Senkung des Bevölkerungswachstums.

Diese Sektoren sind auch wichtige Wirtschaftsfaktoren und bieten Arbeitsplätze für Millionen Menschen. Innovative digitale Lösungen bergen

wirtschaftliches Potential sowie die Chance, Menschen in entlegenen Gebieten mit Bildungs- und Gesundheitsangeboten zu versorgen (zum Beispiel „E-Health“-Lösungen). Daneben benötigt Afrika leistungsfähige soziale Sicherungssysteme. Diese tragen direkt zur Armutsreduzierung und Verringerung von Ungleichheit bei und setzen produktive Kräfte frei. Noch immer verfügen mehr als drei Viertel der Menschen in Afrika über keinerlei soziale Absicherung.

Unser Ziel ist ein Afrika, das „in **punkto Lebensqualität weltweit zur Spitzengruppe gehört**“, etwa durch die Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen in den Bereichen Bildung und Gesundheit, und dessen „**Humankapital als seine wichtigste Ressource voll entwickelt**“ ist. (Agenda 2063)

In vielen Staaten müssen sich die Schülerinnen und Schüler Bücher teilen:



Quelle: Auszug aus UNESCO
Institute for Statistics

WAS MUSS PASSIEREN?

→ AFRIKA

- Ausreichend Mittel für Bildung (15-20 Prozent des Haushalts) und Gesundheit (15 Prozent) bereit- und Zugang für Frauen und Mädchen sicherstellen – NEPAD-Vereinbarung zu Bildung und Gesundheit endlich umsetzen.
- Bildungssysteme verbessern (insbesondere Verwaltung, Lehrkräfteausbildung, Schulbau).
- Hochschulbildung stärker am Arbeitsmarkt ausrichten.
- Duale Ausbildungssysteme einführen und Handwerksausbildung aufbauen.
- Frühzeitige und umfassende Sexuaufklärung sicherstellen.
- Investitionen in soziale Sicherung erhöhen und umfassende soziale Sicherungssysteme unter Berücksichtigung von Sozialtransfers und Beschäftigungsmaßnahmen aufbauen.

→ DEUTSCHLAND

- Möglichkeiten der Digitalisierung für Bildungsförderung nutzen (zum Beispiel Lern- und Lehrmaterialien mit offener Lizenz, E-Learning, offene Massen-Onlinekurse).
- Wissenschaftskooperation mit Afrika und Angebot von Stipendien mit dem Ziel gegenseitigen Lernens massiv ausbauen.
- BMZ-Initiativen zur Ausbildung von Gesundheitsfachkräften und zur Familienplanung und Müttergesundheit ausdehnen.
- 500 Klinikpartnerschaften zusammen mit der Wirtschaft realisieren.
- Innovative Lösungen für soziale Sicherung mit privater Finanz- und Versicherungswirtschaft ausbauen.
- Privatsektor bei Risikoübernahme unterstützen.
- Rückversicherung für soziale Sicherungssysteme entwickeln und Anschubfinanzierung leisten.
- Kredite und Eigenmittel der Partnerländer für soziale Sicherung hebeln.

→ INTERNATIONAL

- Die Globale Bildungspartnerschaft für effektive Koordinierung und Fokus auf Grundbildung in den ärmsten Ländern stärken.
- Digitale Bildung für Frauen und Mädchen und entsprechende Jobchancen fördern und gemeinsam mit G20 (#Skills4girls-Initiative) voranbringen.
- Pflichtbeiträge der Mitgliedstaaten für die WHO um mindestens 10 Prozent erhöhen.
- Faire Preise der internationalen Pharmakonzerne für essentielle Medikamente sicherstellen.
- Innovative Ansätze für den Gesundheitssektor in Kooperation mit der Privatwirtschaft entwickeln und ausbauen.
- Innerhalb der G20 soziale Sicherungssysteme als wichtiges Instrument zur Abfederung von Krisen auch in Entwicklungsländern (Wirtschaft, Migration, Klima) stärker anerkennen und G20-Empfehlungen hierzu umsetzen.

5. Ausblick

Deutschland ist Heimat der sozialen Marktwirtschaft. Gemeinwohlorientierung, Menschenwürde und Verantwortung sind unsere grundlegenden Werte. Als Teil der Europäischen Union haben wir erfahren, wie regionale Integration und Marktöffnung zu Wohlstand, Frieden und Sicherheit beitragen. Mit den Erfahrungen dieser deutschen und europäischen Erfolgsgeschichte wollen wir die afrikanischen Staaten bei der Umsetzung der Agenda 2063 unterstützen.

Dazu werden wir die Vorschläge des Marshallplans:

- *mit unseren afrikanischen Partnern diskutieren und weiterentwickeln;*
- *mit bestehenden und neuen Ansätzen auf EU-Ebene verknüpfen;*
- *in die Konsultationen mit anderen Gebernationen einbringen;*
- *in Gesprächen mit der Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft in Afrika und Europa weiterentwickeln.*

Die Ergebnisse dieser Konsultationen werden wir im Rahmen der deutschen Präsidentschaft beim G20-Gipfel im Juli und anschließend beim EU-Afrika-Gipfel im November 2017 als konkrete Vorschläge für die Beschlussfassung einbringen.

Mit Afrika und Europa, mit der internationalen Gemeinschaft und mit allen reformwilligen Kräften in Wirtschaft und Zivilgesellschaft können wir im Sinne des Weltzukunftsvertrags Agenda 2030 und des Klimavertrages von Paris die Zukunft gestalten. Wir nutzen das Afrikajahr 2017 als Startschuss für eine neue und langfristige Afrikapartnerschaft.

HERAUSGEBER

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ),
Referat Öffentlichkeitsarbeit,
digitale Kommunikation und Besucherdienst

REDAKTION

BMZ, Projektgruppe Marshallplan

GESTALTUNG

Atelier Hauer + Dörfler GmbH, Berlin

STAND

Januar 2017

DIENSTSITZE

→ BMZ Bonn

Dahlmannstraße 4

53113 Bonn

Tel. +49 (0) 228 99 535 - 0

Fax +49 (0) 228 99 535 - 3500

→ BMZ Berlin im Europahaus

Stresemannstraße 94

10963 Berlin

Tel. +49 (0) 30 18 535 - 0

Fax +49 (0) 30 18 535 - 2501

KONTAKT

poststelle@bmz.bund.de

www.bmz.de



Besuchen Sie uns unter
www.bmz.de